Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

Preis 500 Mill. M.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Mittwoch
24. Oktober 1923

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher: Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Bezug 1,9 Milliarden ℳ in der Woche vom 27. Okt.

24 10 a Nr. 494 500 Mill
62. Jahrgang.

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen.

Anzeigen-Schlüsselzahl heute 12 Millionen.

ERICH MEYERFELD BERLIN GRUNDSTÜCKE

Die Not.

Geht ins Volk, ihr Politiker, und hört, was das Volk spricht! Aus den Reihen der Arbeitenden, der mit der Not Ringenden ertönen überall zwei Forderungen auch gegenüber Brot und Ordnung.

Das berechtigte Verlangen des Volks durch Taten zu erfüllen, ist die Aufgabe der Politiker, ist insbesondere die Pflicht der Regierung. Erschreckend viel kostbare Zeit ist bereits über Erwägungen, Beobachtungen und Kabinettsfragen verloren gegangen. Versprochen wurde vieles, verordnet manches, erreicht nach nichts. Die Lenze verscheckte Arbeitslosigkeit wird nun furchtbar offenkundig. Wie ist für öffentliche Notstandsarbeiten vorgesorgt? Kämpfe werden ausgefochten, um Brot zu erhalten für die Arbeiterschaft beschäftigt wird und die Arbeiter und Angestellten genannt werden, der Generalstreikparole der A. D. G. Folge zu leisten.

Der Kampf gegen die Kommunisten, welche sich in Schified regelrechte Schützengräben angelegt hatten, lohte neuen Kampfes in unverminderter Heftigkeit. Am Abend wurden die Regierungstruppen Herr der Lage. Ein Standrechtsjustiz wurde gesetzt. Mehrere Verwundete wurden durch Rote-Kreuz-Kraftwagen nach dem Marien- und Allgemeinen Krankenhaus geschafft. Die Zugangswege von Steinbek aus, sowie die Blaue und Rote Brücke von Altwandsbek sind von der Polizei besetzt. Verstärkte Kommunisten, die Wachen zu besetzen, wurden abgeschlagen.

Um die heutige Mittagsstunde stellte sich die Lage wie folgt dar: Nachdem gestern nach einem einheitlichen Plan auf seiten der Kommunisten versucht worden, gewissermaßen die Aktion, zerspitzteten sich heute die Aktion. Die Kommunisten kämpfen in geschlossenen größeren Trupps im Augenblick nur noch in Barmbek, Schiffbek an der Hamburg—Berliner Strecke, die von den Aufständigen in Besitz genommen wurde. Die Kommunisten in Besenen, worden abgeschlagen.

Um die heutige Mittagsstunde stellte sich die Lage wie folgt dar: Nachdem gestern nach einem einheitlichen Plan auf seiten der Kommunisten versucht worden, gewissermaßen die Aktion zu einer Streikmann-Kabinett anerkannte Notwendigkeit des Augenblicks. Weshalb geschah nirgends etwas? Wann heimliche Sabotage am Werk? Waren der mitredenden Parteien zu viele? Oder ging alle Schuld bei dem praktisch unpünktlichen sozialdemokratischen Reichsfinanzminister?

Die Sozialdemokratie, die gerne Vogelstraußpolitik treibt, hat sich wohl noch nicht klar gemacht, welcher Anteil an der Not und an der immer Verwunderlichkeit dem Reichsgen Dr. Hilferdings zufällt. Hätte die große Koalition schnell politische und wirtschaftliche Erfolge aufzuweisen gehabt, dann wäre der Widerstand gegen sie erlahmt. So aber ist er mächtig angeschwollen, beherrscht den größten Teil der Landwirtschaft, der nationalen Verbände, der Jugend, bekerrscht Bayern. Wie werden nicht, wir stellen fest. In harter Zeit gilt nur die saubre Wirklichkeit. Das zweite Stresemann-Kabinett hat den Schritt vorwärts gemacht, bei dem das erste strauchelte: es hat die Vollmacht zu mancherlei Taten vom Reichstag erhalten. Aber nun heißt sich doch wohl heraus, daß der langwierige parlamentarische Gesetzgebungsweg — der im Reiseall so sehr abgekürzt werden kann — gar nicht das Hauptheilmittel war. Sondern das ist die Abhängigkeit des Reichskabinetts von vielen, sehr verschiedenartigen Parteien und seine Position mit zwei ungedeckten Flanken. Erklärt eine der Koalitionsparteien ihren Austritt, so ist das Kabinett nicht Vollmacht dahin; und diese Gefahr droht täglich bei der reigen Opposition auf beiden Seiten.

Brot, Ordnung und Zusammenfall in den Kampfverhältnisse, das sind die Feinde, die noch lähmen, sind die Gefahren dabei. Aber die Furcht vor Kämpfen darf nicht dazu führen, das Notwendige zu unterlassen. Alles hat seine Zeit; das Zögern hat seine Zeit, und das Handeln hat seine Zeit. Heute ist die Unterlassungssünde die schwerste Sünde. Wir müssen, so oder so, durch ein Tal des Schrecken hindurch. Vor Jahr und Tag waren die Kräfte links und rechts so verteilt, daß die Aufeinanderprallen alles verrichtet hätte. Da war Lavieren nützlich. Anpassen hat sich das Machtverhältnis wesentlich verschoben. Die Möglichkeit eines Durchringens ist sichtbar.

In tiefster Sorge um unser armes Vaterland sprechen wir solche Gedanken aus. Ein Kampf kann wohl die äußerliche Ruhe und Sicherheit herstellen, aber schwerlich die innere Aussöhnung bringen. Die Diktatur verdirbt die Sitten. Aber wie weit einen in Zweifelsfall, der General und Arbeiter zugleich wäre? Doch das Ideal darf nicht dem Notwendigen im Wege stehen. Das Heute fordert: entschlossenste Stärke, die keinen Zaudel fürchtet; die dem Volke Brot verschaffen, der Regierung Autorität, dem Reiseich einen festen Ring; die mitfühlen das Widerstreben des nationalen Geistes und die physische Gewaltanstrengung gegen die undeutsche deutsche Revolution. Noch wird weiter die Entäußerung, die Empörung über das Ende des Rhein- und Ruhrkampfes wachsen. Nur Männer von jener Art werden sie in die rechten Bahnen zu leiten wissen. Vielleicht gelingt es Dr. Stresemann, sie zu finden. Die Deutschnationalen und die Bayern sollten ihren Führern folgen. Andernfalls wäre gerade dieser Kanzler Staatsmann genug, um gerne eine Zeit abzuwarten, in der seine nunmehrigen Gegner besser zur Geltung kommen können, wie er auch zweifellos ein so glühender Patriot ist, daß neben dem Wohl des Vaterlandes persönliche Rücksichten bei ihm nie in Betracht kommen.

Der Gewitterturm, den wir seit langem ankündigten und an den so manches nicht glauben wollte, ist nun ausgebrochen. Blitze und Donnerschläge schrecken den letzten Schläfer auf. Das Reichsschiff ist in höchster Not. Nie hat das deutsche Volk weniger nach Parteikrom und Formalitäten gefragt, nie heißer nach der retzenden Tat verlangt.

Berliner Kurse vom 24. 10.:

1 Dollar amtlich: ℳ 63 000 Millionen
Zuteilung 100% (Frankfurt 10%)
1 Pfund amtlich: ℳ 285 000 Millionen
Zuteilung 100% (Frankfurt 3%)
1 Goldmark ℳ 15 000 Millionen.
Dollarschatzanw.: ℳ 70 000 Millionen
Goldanleihe: ℳ 56 000 Millionen

Die Hamburger Unruhen.

Eintreffen des Kreuzers „Hamburg".

Ein außerordentliches Gericht eingesetzt.

hem. **Hamburg**, 24. 10. (Eigenbericht.) In der Nacht ist der Kreuzer „Hamburg" und eine Torpedobootshalbflottille im Hamburger Hafen eingetroffen. Die Geschützrohre waren eine Andeutung an die Arbeiter, Angestellten und Beamten, in der der von der Kommunistischen Partei angesetzte Aufruhr als Verbrechen an der Arbeiterschaft bezeichnet wird und die Arbeiter und Angestellten gemahnt werden, der Generalstreikparole der A. D. G. Folge zu leisten.

Der Kampf gegen die Kommunisten, welche sich in Schified regelrechte Schützengräben angelegt hatten, lohte neuen Kampfes in unverminderter Heftigkeit. Am Abend wurden die Regierungstruppen Herr der Lage. Ein Standrechtsjustiz wurde gesetzt. Mehrere Verwundete wurden durch Rote-Kreuz-Kraftwagen nach dem Marien- und Allgemeinen Krankenhaus geschafft. Die Zugangswege von Steinbek aus, sowie die Blaue und Rote Brücke von Altwandsbek sind von der Polizei besetzt. Verstärkte Kommunisten, die Wachen zu besetzen, wurden abgeschlagen.

Um die heutige Mittagsstunde stellte sich die Lage wie folgt dar: Nachdem gestern nach einem einheitlichen Plan auf seiten der Kommunisten versucht worden, gewissermaßen die Aktion zu zerspitzteten sich heute die Aktion. Die Kommunisten kämpfen in geschlossenen größeren Trupps im Augenblick nur noch in Barmbek, Schiffbek an der Hamburg—Berliner Strecke, die von den Aufständigen in Besitz genommen wurde. Die Kommunisten in Besenen, worden abgeschlagen.

Um die heutige Mittagsstunde stellte sich die Lage wie folgt dar: Nachdem gestern nach einem einheitlichen Plan auf seiten der Kommunisten versucht worden, gewissermaßen die Aktion zu einer Streikmann-Kabinett anerkannte Notwendigkeit des Augenblicks. Weshalb geschah nirgends etwas? Wann heimliche Sabotage am Werk? Waren der mitredenden Parteien zu viele? Oder ging alle Schuld bei dem praktisch unpünktlichen sozialdemokratischen Reichsfinanzminister?

Die Sozialdemokratie, die gerne Vogelstraußpolitik treibt, hat sich wohl noch nicht klar gemacht, welcher Anteil an der Not und an der immer Verwunderlichkeit dem Reichsgen Dr. Hilferdings zufällt. Hätte die große Koalition schnell politische und wirtschaftliche Erfolge aufzuweisen gehabt, dann wäre der Widerstand gegen sie erlahmt. So aber ist er mächtig angeschwollen, beherrscht den größten Teil der Landwirtschaft, der nationalen Verbände, der Jugend, beherrscht Bayern. Wie werden nicht, wir stellen fest. In harter Zeit gilt nur die saubre Wirklichkeit. Das zweite Stresemann-Kabinett hat den Schritt vorwärts gemacht, bei dem das erste strauchelte: es hat die Vollmacht zu mancherlei Taten vom Reichstag erhalten. Aber nun heißt sich doch wohl heraus, daß der langwierige parlamentarische Gesetzgebungsweg — der im Reiseall so sehr abgekürzt werden kann — gar nicht das Hauptheilmittel war. Sondern das ist die Abhängigkeit des Reichskabinetts von vielen, sehr verschiedenartigen Parteien und seine Position mit zwei ungedeckten Flanken. Erklärt eine der Koalitionsparteien ihren Austritt, so ist das Kabinett nicht Vollmacht dahin; und diese Gefahr droht täglich bei der reigen Opposition auf beiden Seiten.

Brot, Ordnung und Zusammenfall in den Kampfverhältnisse, das sind die Feinde, die noch lähmen, sind die Gefahren dabei. Aber die Furcht vor Kämpfen darf nicht dazu führen, das Notwendige zu unterlassen. Alles hat seine Zeit; das Zögern hat seine Zeit, und das Handeln hat seine Zeit. Heute ist die Unterlassungssünde die schwerste Sünde. Wir müssen, so oder so, durch ein Tal des Schrecken hindurch. Vor Jahr und Tag waren die Kräfte links und rechts so verteilt, daß ihr Aufeinanderprallen alles verrichtet hätte. Da war Lavieren nützlich. Anpassen hat sich das Machtverhältnis wesentlich verschoben. Die Möglichkeit eines Durchringens ist sichtbar.

In tiefster Sorge um unser armes Vaterland sprechen wir solche Gedanken aus. Ein Kampf kann wohl die äußerliche Ruhe und Sicherheit herstellen, aber schwerlich die innere Aussöhnung bringen. Die Diktatur verdirbt die Sitten. Aber wie weit einen in Zweifelsfall, der General und Arbeiter zugleich wäre? Doch das Ideal darf nicht dem Notwendigen im Wege stehen. Das Heute fordert: entschlossenste Stärke, die keinen Zaudel fürchtet; die dem Volke Brot verschaffen, der Regierung Autorität, dem Reiseich einen festen Ring; die mitfühlen das Widerstreben des nationalen Geistes und die physische Gewaltanstrengung gegen die undeutsche deutsche Revolution. Noch wird weiter die Entäußerung, die Empörung über das Ende des Rhein- und Ruhrkampfes wachsen. Nur Männer von jener Art werden sie in die rechten Bahnen zu leiten wissen. Vielleicht gelingt es Dr. Stresemann, sie zu finden. Die Deutschnationalen und die Bayern sollten ihren Führern folgen. Andernfalls wäre gerade dieser Kanzler Staatsmann genug, um gerne eine Zeit abzuwarten, in der seine nunmehrigen Gegner besser zur Geltung kommen können, wie er auch zweifellos ein so glühender Patriot ist, daß neben dem Wohl des Vaterlandes persönliche Rücksichten bei ihm nie in Betracht kommen.

Der Gewitterturm, den wir seit langem ankündigten und an den so manches nicht glauben wollte, ist nun ausgebrochen. Blitze und Donnerschläge schrecken den letzten Schläfer auf. Das Reichsschiff ist in höchster Not. Nie hat das deutsche Volk weniger nach Parteikrom und Formalitäten gefragt, nie heißer nach der retzenden Tat verlangt.

Die Putschistenbewegung gescheitert.

Katzenjammer in Paris.

S. **Paris**, 24. 10. (Eigenbericht.)

Alle heute morgen vorliegenden Meldungen lassen deutlich daraus schließen, daß die rheinische Putschistenbewegung auf immer größeren Widerstand jetzt und nur noch ganz geringe Aussichten auf Erfolg hat, wog der jetzt ganz offen zutagetretenen Unterstützung der Bewegung durch die französische Regierung. Auch Blätter, die bisher selbst die französischen Blätter heute morgen das völlige Scheitern der Putschisten zugeben. Es fehlt den Separatisten an Mut und Disziplin, klagt der „Matin", der die Lage in Aachen am treffendsten mit dem einen Satz schildert: „Die Separatisten leisten Widerstand, aber die deutschen Polizisten mußten intervenieren." Die allgemeine Erregung gegen das Putschistentum scheint in der besagten Zone größer zu sein als in der französischen. In Wiesbaden und Aachen wurde zum Schutze der Separatisten der Belagerungszustand verhängt.

Die Regierungspresse rückt heute morgen von den Separatisten merklich ab. „Echo de Paris" bejammert wieder wiederholt Gedanken machen, daß Frankreich und Belgien mit der Bewegung nicht das geringste zu tun hätten, außerdem hätte ihnen gerade Dorten wegen seiner gewaltsamen Bewegung kaum geringere Schwierigkeiten gedroht. Das Blatt weist darauf hin, daß ein „unabhängiges Abenland" die französische Politik des Zimmern der Besatzerung wieder unmöglich

man im Londoner Auswärtigen Amt die politische Irreführung der englischen Oeffentlichkeit seit langem bedauert hat, weil man ganz richtig erkannte, daß damit den englischen Interessen nicht nur kein Gefallen geschieht, sondern daß dies alles notwendigerweise zu schweren Enttäuschungen und damit zu einer Verbitterung des Verhältnisses zwischen den beiden Ländern führen müsse. Aber diese englischen Erwägungen sind Nebensache. Wichtig es ankommt ist vielmehr, daß es durch diese Maßregel möglich wäre, die innerpolitische Diskussion in Deutschland in einem wesentlichen Punkte zu ersticken, nüchterne Tatsachen feststellen, die alle Parteien anerkennen müssen, und damit zu beginnen, die unsägliche Politik von der innerpolitischen Hetze zu befreien. Sicherlich wird es nicht an Versuchen fehlen, den hier gemachten Vorschlag zu hintertreiben und dieses ganze sehr dunkle Kapitel hinter dem wohltätigen Schleier des Vergessens verschwinden zu lassen. Aber Deutschland wird niemals gesunden, wenn es nicht endlich der inneren Unwohlhaftigkeit seines öffentlichen Lebens ein Ende macht, und wenn es nicht den Mut findet zur Wahrheit und zur Berichtigung.

Der Küstriner Putsch

Zeuge Oberst Gudovius.

Kottbus, 24. 10.

Im Buchruckerprozeß brachte die heutige Vormittagssitzung die Aussage des Hauptbeschuldigungszeugen, des Reichswehrkommandeuten von Küstrin, Oberst Gudovius. Der Oberst, der den „Kourier-Merkur" rief, schilderte, wie am Morgen des 1. Oktober Major Berger ihn in seiner Wohnung anwarnten und um eine Unterredung mit ihm und seinen Offizieren bat. Er habe dann die beiden Herren in der Kommandantur in Gegenwart seines Stabes empfangen. Dort habe Herr Buchruckerer erklärt, daß gegen ihn, Buchruckerer, ein Haftbefehl vorliege, daß er sich infolgedessen sicher wähle und die Oberstl bekanntlich militärischen Maßnahmen bezogen habe.

Für mich, so erklärte Oberst Gudovius, habe es sich damit um die unglaubliche Tatsache, daß meine Forts, daß die unter meinem Kommando stehende Festung Küstrin der Reichswehr, der Polizeiwehr des Deutschen Staates von fremder Hand besetzt worden waren. Diese Tatsache beherrschte mich vollkommen. Ich habe mich schon in die Gründe und Motive gekümmert, die Buchruckerer für sein Unternehmen angeführt hat. Das war mir allerdings gleichgültig. Mir sich gab es nur einen, es mußte sofort gehandelt werden, um diese unglaubliche Tatsache unverzüglich aus der Welt zu schaffen. Um Verhandlungen heranzieben zu können, mußte ich allerdings zunächst Zeit gewinnen, und habe die Unterredung in die Länge gezogen, nachdem ich meine entsprechenden Anweisungen erteilt und Buchruckerer sich verabschiedete hatte. Buchruckerer wollte immer wieder mich zu einer Aussetzung bestehen, ich habe mich aber auf nichts einzelnen und jede Verhandlung mit ihm abgelehnten. Hätte Buchruckerer Gewalt angewandt, dann hätte ich ihn furzer Hand niederschossen. Mein Zimmer hätte er lebend jedenfalls nicht mehr verlassen, denn der Ton ist Feie hätte über meine Leiche und über die Leiche meiner Offiziere erfüllt.

Weiter befindende der Oberst, daß er den Eindruck gehabt habe, das ganze Unternehmen Buchruckers sei

ziemlich improvisiert

gewesen. Buchruckerer habe sich infolge des Haftbefehls auf jeden Fall in einer verzweifelten Stimmung befunden. Daß seine Maßnahmen mit dem militärischen Standpunkt aus angreifenden worden könne mit der Annahme erklärt werden, daß Buchruckers Nerven vollkommen versagt hätten.

Hierauf wurde der Generalstabsoffizier der Festung Küstrin, Major Maldick, sowie der zweite Pionieroffizier der Festung, Oberleutnant Lübecke, vernommen, die im wesentlichen die Bekundungen ihres Kommandeurs bestätigen.

— Zeitungsverbote.

München, 24. 10. (T. U.) Der Generalstaatskommissar hat das Verbieten des „Völkischen Kraftschen „Allgemeinen Zeitung" auf unbestimmte Zeit verboten.

Kottbus, 20. (T. U.) Das Wehrkreiskommando hat das sozialdemokratische Blatt, den „Volksboten", auf drei Tage verboten.

Die Goldsteuermark.

Der Gesamtmarkgutschrift für Reichssteuern am 24. Oktober betrugt 15 340 000 000.

Edelsterbeutscher Weinbrand
Schartlachberg
Meisterbrand

Streiks und Unruhen.

Der sächsische Vormarsch.

Dresden, 23. 10. (W. T. B.) Die Truppen des Generalmajors Fetsch sind bis Grimma, Nieder-Fetsch, Pottschwend, mit Kavallerie bis nördlich Wurzen und südlich Thekandt vorwärtsbeschritten. Die Truppen des Oberstleutnants von Dehnhausen die Gegend Grimma—Laußig—Borsa, die des Oberstleutnants Frhr. von Fabrenbach Colmnitz und Planen erreichen. Die Truppen des Generalmajors von Fetsch gebrigen zweiten Bataillons Inf.-Regt. 10 in Pirna kam es zu einem ernsten Gefecht mit einer bewaffneten Ortswehr aus Zwickau bestehenden Menge, die der Truppe den Weg versperrte und trotz wiederholter Aufforderung nicht auseinanderging. Die Menschenmenge wurde von der Schußwaffe Gebrauch. Obwohl sie gleichzeitig aus einem Haus beschossen wurde, hatte sie keine Verluste. Von den Aufrührern wurden einer erschossen und zwei verletzt. Die Ortswehr wurde wiederhergestellt.

Sächsische Dresden, 23. 10. (Eigenbericht.) Wie notwendig es ist, in Südwestsachsen mit der Reichswehr Ordnung zu schaffen, geht aus den Nachrichten hervor: Nach größeren Demonstrationen hält sich gestern abend in Annaberg eine 500 bis 600 Köpfe starke Menge vor dem Rathaus belegt, und in Chemnitz fanden gestern bis in die späte Nacht riesige Demonstrationen statt, bei denen es wiederholt zu Ausschreitungen kam.

Der mitteldeutsche Kohlenarbeiterstreik.

Halle, 23. 10. (T. U.) Die Streikbewegung im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau hat sich heute auch auf einen Teil der Reviere ausgedehnt. Die gestern noch arbeiteten, so von allen auf das Werk Leopold in der Revier. Mit Ausnahme der Alte-Grube ist der Streik allgemein.

Kottbus, 23. 10. (W. T. B.) Im Senftenberger Braunkohlenbergbaubezirk ist heute früh der Generalstreik ausgebrochen. Die Notstandsarbeiten werden verrichtet. Es werden sich gebrochene Arbeitswillige, zu der ernsthaft besondere polizeiliche Vorkehrungen getroffen worden sind.

Bautzen, 23. 10. (W. T. B.) Die Direktion der Staatlichen Elektrizitätswerke in Hirschfelde teilt mit, daß die Belegschaft der Hirschfelder Werke am 22. 10. 23 den Streik beschlossen habe, sich dem Streik der mitteldeutschen Bergarbeitern anzuschließen. Wenn es nicht in letzter Stunde gelingen sollte, den Streik hinzuzögern, so ist zu befürchten, daß man morgen Mittwoch die Stromversorgung der ganzen sächsischen Niederlausitz aufhört. Das sächsische Arbeitsministerium ist um seine Vermittlung angegangen.

Braunschweig, 23. 10. (W. T. B.) In Schöningen im Braunschweigischen Kohlenrevier sind heute nachmittag Bäcker- und Lebensmittelgeschäfte geplündert worden. Der Versuchung der örtlichen Polizei wurde Schutzpolizei von Braunschweig entsandt.

Auch in Braunschweig selbst kam es heute an verschiedenen Stellen der Stadt zu Ansammlungen. Die wegen der hohen Lebensmittelpreise erregte Menschenmenge versuchte verschiedentlich, Bäckereien gewaltsam zu plündern. Sofort überall einsetzende Polizeitreifen konnten die Menge zerstreuen, ohne daß es bisher zu ernsten Zwischenfällen gekommen ist.

Kassel, 24. 10. (W. T. B.) Gestern nachmittag versuchte eine tausendköpfige Menge in Bebelsheim, sie sich bewaffnete, die geschlossenen Fabriktore der Firma Henschel & Sohn einzudrücken, was jedoch durch die Werkwache verhindert wurde. Ein großer Teil dieser Leute zog nun zur Unter Kunstfeide herauf in der Richtung zum Königsplatz. Der Führer einer kleinen Polizeitruppe, der die Ansammlung abdrängen wollte, wurde jedoch tätlich angegriffen, so daß er von der Schußwaffe Gebrauch machen mußte, wodurch ein Arbeiter schwer und zwei weitere leicht verwundet wurden. Von einer unbekannten Seite wurde in der Kunstfeide ein Sprengkörper auf die Schienen der Straßenbahn gelegt, der beim Passieren des Straßenbahnen erfolgte, ohne erheblichen Schaden anzurichten.

Die Erwerbslosen in Essen.

Essen, 24. 10. (W. T. B.) Angesichts der umgehenden Geldentwertung ist vor allem die Erwerbslosenfrage außerordentlich ernst, umsomehr, als die Zahl der Erwerbslosen jeden im Wachsen begriffen ist. In Essen gibt es gegenwärtig etwa 24 000 Erwerbslose. Die kleineren Werke und die Handwerksbetriebe entlassen fast restlos ihre Arbeiter, die großen Werke, wie Krupp und Goldschmidt, beschränken bei weiteres ihre Arbeiter mit Kurzarbeit zu beschäftigen. — Wie verlautet, beabsichtigen die Bergbau unternehmen Entlassungen bevor. Die Reinerer Stellenbesetzung ist eingestellt. Die Bergbauverwaltungen haben sich seiner wegen Geldmangels außerstande erklärt, die Bergung über Arbeiter mit Kurzarbeit durchzuführen.

Der Streik in Oberschlesien.

Gleiwitz, 24. 10. (Wtb.) Der Ausstand der Bergwerke und Hüttenbetriebe in Deutsch-Oberschlesien, der gestern mit der Arbeitsniederlegung in allen Betrieben begann, ist bis jetzt fast vollständig. Von Kohlenzufuhr ist nichts zu merken. Die Abwehrgruppe, von Hütten die Julien-Hütte, die Schlesien-Werke der Oberschlesischen Eisenindustrie Wechsel in Hindenburg. Die Bergung der Gerwerkschaften zu dem Ausstand ist noch nicht klar. Es finden heute mitting Verhandlungen mit dem Gewerkschaften statt. — Die Bergwerke in Deutsch-Oberschlesien leiden unter so starkem Absatzmangel, daß die Haldenbestände sich angehäuft verursachen. Eine einzige Grube hat noch einen Bestand von 20 000 Tonnen.

Streik der Hafenarbeiter.

hem. Hamburg, 24. 10. (Eigenbericht.) Bei den Lohnverhandlungen, die gestern den Vertretern des Hafenbetriebsvereins und den Arbeitnehmer-Organisationen stattfanden, wurde von den Arbeitnehmern die Forderung eines Tarifohnes von 1½ Dollar aufgestellt. Von den Arbeitgebern wurde ein Angebot von 1 Dollar gemacht. Es sollte für Dienstag ein Lohn von 19,4 Milliarden, für Mittwoch 29,9 Milliarden, für Donnerstag und Freitag je 32,4 Milliarden gezahlt werden. Dieser Vorschlag wurde in einer Verlaufung der Vertrauensmänner einstimmig abgelehnt und die sofortige Arbeitsniederlegung beschlossen.

Der Generalstreik in Kiel abgelehnt.

hem. Hamburg, 24. 10. (Eigenbericht.) Bei den Gewerkschaften organisierten Arbeitern wurden bei der Abstimmung in den Großbetrieben reichlich 5000 Stimmen für und 3000 Stimmen gegen den Generalstreik abgegeben. Da somit eine Dreiviertelmehrheit für den Streik nicht erzielt wurde, gilt er als abgesagt.

Generalstreikbewegung in Bremen.

V Bremen, 23. 10. (Eigenbericht.) In den heutigen Vormittagsstunden trat die Arbeiterschaft auf der Bulkanwerft in Vegesack in den Streik. Die Direktion wurde unter die Aufsicht von Arbeiterräten gestellt, die Betriebsvorstände entlassen und die Bildung proletarischer Hundertschaften begonnen. Mannschaften befehlen die Werftanlagen und bewachen das Verwaltungsgebäude.

Aehnliche Vorfälle spielten sich bei der Bremer Vollsamerei in Bremen-Hemmstedt ab. In verschiedenen größeren Industriewerken Bremens fehlt einstweilen unter der gesetzlichen Lage, daß die Parole zum Generalstreik ausgegeben sei, der Versuch gemacht, die Arbeiterschaftlung herbeizuführen durch Vermittlung der Betriebsräte gelang es, die Arbeit fortzusetzen.

Hamburg, 23. 10. (Eigenbericht.) Die Lage in Stettin wird immer bedrohlicher. Bis jetzt ist es gelungen, die Ausbreitung der Bewegung zu verhindern. Es ist sich bereits die heutigen Verhältnisse in Stettin, daß die Arbeiter wegen Lebensschwierigkeiten in passive Resistenz getreten sind. Die Direktion hat Auf der Bulkanwerft, die bis jetzt die Zufuhr von Lebensmitteln noch der Stadt wird immer geringer, da die Landwirte Papiermark kaum noch annehmen und sogar Kartoffeln in Hetzmark berechnen.

Arbeitsaussperrung im Königsberger Hafen.

Königsberg, 24. 10. (T. U.) Die seit Monaten bestehende Aussperrung der Hafenarbeiter ist, nachdem ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen wurde, aufgehoben. Der neue Tarifvertrag bildet eine Gewähr dafür, daß der Umschlag im Königsberger Hafen ohne Störungen durch Gefährdung der Wirtschaftslage erfolgt. Für die Fischdampfer Gesellschaft Cuxhaven und den Schutz der Arbeit ist Vorsorge getroffen.

Hochbetrieb im fischerischen Bergbau.

Prag, 24. 10. (T. U.) Aus den Steinkohlenrevieren wird berichtet, daß die nach Beendigung des sechstägigen Streiks einsetzende Hochkonjunktur der Kohlenbergbau ist, daß die Arbeiter gezwungen sind, die Arbeitszeit zu verlängern und auch Sonntags gegen besondere Vergütung zu leisten. Ähnlich liegt der Arbeitsmarkt an dem immer stärker werdenden Wagenmangel.

Der für den kommenden Sonnabend anberaumte Parteitag der Deutschvölkischen Freiheitspartei in Moitzel ist durch das Ministerium von Braunschweig verboten worden, da eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit befürchtet wurde. Die Deutschvölkischen Abgeordneten haben gegen das Verbot Protest erhoben.

Vor der entscheidenden Reichsratssitzung.

Der Münchener Besuch Hiebers.

gl. München, 24. 10. (Eigenbericht) Der württembergische Staatspräsident Hieber weilte heute auf dem Wege nach Wien zu einer Besprechung in München, um sich mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. von Knilling über die Stellungnahme der bayerischen Regierung und über den Verlauf der Stuttgarter Konferenz der süddeutschen Ministerpräsidenten zu unterhalten. In bayerischen maßgebenden Kreisen hat man noch wie vor die Hoffnung, daß die Reichsregierung zu einer Klärung der schwebenden Fragen führen kann, wenn das Problem nicht rücksichtsvoll, sondern vorwurfsbeladen und in der Richtung zur Behebung kommt, die vom Reichskanzler bereits angedeutet worden ist, daß nicht die Frage der Erweiterung der Rechte der deutschen Länder im Rahmen des deutschen Reiches zur Diskussion gestellt wird.

In diesem Zusammenhang scheint es auch angezeigt, darzu zu erinnern, daß der Fall Lossow nur einen Teil des Komplexes der ungelösten Problemen darstellt, um welches gerade Bayern und der Reichsregierung gegenwärtig ringen wird. Die Grundlage war und bleibt, daß der bayerische Ausnahmezustand als solcher von der Reichsregierung anerkannt wird, und ob aus dieser Anerkennung die notwendigen Konsequenzen gezogen werden, daß nämlich die Wirtschaftsbäche in Bayern wie sonstige Organe des Reiches dem Generalstaatskommissar unterstellt bleibt, oder ob die Tiefe der Reichsinterventionen in Gestalt des Fall Lossow, der bayerische Ausnahmezustand durch den des Reichs überwiegt und damit erledigt sei, daß alle der bayerische Generalstaatskommissar und der Beschlußhaber des Wehrkreises VII als alleiniger Inhaber der vollziehenden Gewalt unterstellt sei. Von autoritativer Seite wird diese Anschauung ausdrücklich unterstrichen.

Hergt über die Verständigungsmöglichkeit.

In einer Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei Freitag am Dienstag abend in der Aula des Realgymnasiums zu Neukölln Reichstagsabgeordneter Hergt. Eine Verständigung zwischen Bayern und dem Reich könne jetzt nur noch erfolgen, wenn in der Reichsregierung ein völliger Umschwung stattfinde, sonst wäre eine große Koalition die Regierung der Zerrissenheit und Schwäche bleiben. Nicht eine konstitutionelle, eine Parteiregierung, sondern eine Regierung der Rechten überhaupt müsse gebildet werden. Die Verhandlungen mit Frankreich müssen abgebrochen werden, falsche es, was es wolle.

Aus der bayerischen Generalität.

pn. München, 24. 10. (Eigenbericht) General von Epp, der zweitjüngste Infanterieführer 7 der Reichswehr in München, scheidet mit Verfügung der Alterszeiten am 31. Oktober von seinem Posten. Er hat München von der Räterepublik befreit und als letzter Kommandeur im Weltkriege das Infanterie-Leb-Regiment geführt. Sein Nachfolger wird der bisherige Kommandeur des Infanterieregiments 19, Generalmajor Ruth aus Bamberg, Ritter des Max-Josef-Ordens, der höchsten bayerischen Kriegsauszeichnung.

Ein Staatskommissar in Braunschweig?

— **Braunschweig**, 24. 10. (Eigenbericht) Bei Widerauflnahme der Beratungen im Landtag erklärte die Linke, daß sie bei der Beratung mit einem Antrag, in welchem er die Einsetzung eines Staatskommissars mit Diktatorischen Befugnissen für das Land Braunschweig verlangte. Die Debatte über diesen Antrag dauerte an, den Sitzungen über die Verhandlungen, die in den letzten Tagen zwischen den Kommunisten und Sozialdemokraten über die Beteiligung der Regierung und die Schaffung einer reinen Arbeiterregierung stattfinden werden. Ein Redner der Sozialdemokraten erklärte offenbar im Auftrage seiner Fraktion, daß die Bildung einer reinen Arbeiterregierung im Braunschweig unzeit nicht möglich sei, da hierfür eine parlamentarische Grundlage nicht bestehe. Gemeinsames Vorgehen mit den Kommunisten sei jetzt Verzicht zu leisten. Ihre Fraktion zur Frage der proletarischen Einheitsfront geben die Demokraten folgende Entschließung ihrer Fraktion bekannt: „Wir erklären, daß wir nicht gewillt sind, die bisherige Koalitionspolitik fortzusetzen, wenn die gemeinsamen Linie mit den Sozialisten die Kommunisten bestimmen. Der demokratische Minister Hönnebung wandte sich gegen den Antrag der Linken. Verschiedene wichtige Maßnahmen wie in Bayern werde die braunschweigische Regierung nicht mitmachen. Der Landtagsabschluß über den Antrag Oertzen liebt noch aus.

Die Ernährungslage.

Von
Oekonomierat **Fr. Keiser**, Berlin.

I.

Die Frage, ob die Ernährungsfrage die Bevölkerung mit ihrem Ernährungsmittel in den tausenden Jahre in der Hauptsache überzeugtest ist, kann mit der Einschränkung bejaht werden, daß nur Unterer politische Kreisen und Verfersbewegungen erfunden haben. Daß die Bereitstellung der erforderlichen Produkte nur in ziemlich erheblichem Umfange Sorge getragen und die Kommunalverwaltung dabei bereits vielfach Vorsorge in reichlichende Lagerräume getroffen. Der Handel hat sich mit der Lösung der Kapitalfrage einmal beschäftigt und die Kommunalverwaltungen hat alle Vorbereitungen für eine möglichst glatte Durchführung der Kartoffelversorgung getroffen. Ob eine solche bei dem bisherigen Verfahren praktisch in vollem Umfange durchgeführt werden kann, bleibt abzuwarten. Bei der in den letzten Wochen eingetretenen Geldentwertung sind aber alle diese Vorbereitungsmaßregeln mehr oder weniger wertlos geworden. Es ist unmöglich, eine Kartoffelversorgung einer Währung im Sinne eines leicht flüssigen und doch wertbeständigen Geldes, das getragen von dem Vertrauen der gesamten Bevölkerung, zu lösen und Handel wieder in ruhigere Bahnen leiten, zu können bei helfen.

Eine schwere Störung in die geordnete Kartoffelversorgung haben die neuen Bestimmungen der Reichsinteriorum über die Unterbringung jüdischer technischer Verwertung der Kartoffel gebracht. Dies man dem jüdisch orientierten Verbraucher sondern vielmehr auch der Stadt und Zeitschr. Jeden Tag kann der Frost einkommen. Geschieht dies und behebt keine Möglichkeit, zum Transport der Kartoffelmengen zu gelangen, so ist nicht zu verwerten, so werden der nationalen Wirtschaft unabsehbare Schäden entstehen. Daß der und auch für jüdisch sehr schwierige Kartoffelbedarf unter diesen Verhältnissen trotzdem ein erhebliches Mißtrauen der Kartoffel gegenüber hervorrufen geeignet sind, geht aus Kolben der Konsumenten, in dem sie, die Kartoffel in einer direkt konsumentenfeindlichen Maßnahme zu tun haben, die auf das tiefste zu bedauern ist.

Milch und Fett.

Die Herbstfütterung hat eine unerleidenden Verlorung der Bevölkerung mit Milch ist gerade jetzt schwierige Problem der Landwirtschaft. Die Ernährungsbedarfs Kartoffeln hat gegenüber dem Jahres bunte nicht mehr den Bedarfsbedarf, sondern bei der ein und für sich den gegenwärtigen Leistungsfähigkeit der Milchkühe weiter erniedrigt. Die im Frieden möglich gewesene harte Verwertung des Milchpreises ist in einer weise als unerleidenen Versorgung der Bevölkerung mit Milch gefährdet hat, beruhte im wesentlichen auf der Tatsache, daß die Futterbasis der Milchkühe, daß vor im Jahre 1913 einer Menge von Futtermitteln — 80 Prozent Kraftfutter — 20 Prozent Heu und Stroh, somit die im ersten Halbjahr dieses Jahres einzelnen Futtermittelmengen, so ergibt sich, daß von der Gesamtmenge 1913 fehlen bei diese 98 %, bei allen anderen vorwichtigen der Milchproduktion benötigten Futtermitteln 83—99 %, so daß wir bei der Milchproduktion in der auf- und Volkommen auf die eigene Futtererzeugung angewiesen sind.

Soweit es sich um Rauhfutterwittel handelt, liegen die Verhältnisse in diesem Jahre günstig. Die Futterernte aber wird zweifellos mit den vorhandenen lassen. Ein Ersatz des fehlenden Kraftfutters durch inländische Produktion ist nur zur in geringem Maße möglich. Die Milchproduktion wird infolge des auch hervorbrechen Eiweißmangels erheblich unter die Hälfte der Vorkriegsleistungen sinken. Auf Grund sorgfältiger Berechnungen schätze ich die heutige Milchproduktion auf etwa 60—65 Liter; im Frieden hat er 150 Liter betragen.

Die Ziffer wird mit einer auf das tiefste zu bedauernden Wahrscheinlichkeit, wie notwendig es ist, daß so schnell wie möglich die Grundlagen für eine neue Produktion bestimmen und ingeniösen hat ein dem Gebiete der Milchproduktion geschaffen werden.

Die vorstehend geschilderte Schlage aber gleichzeitig auch Schlag für die Fettversorgung des ersten Monats von Peter. In Frieden wurden durchschnittlich 6 Millionen Zentner Butter verbraucht, von denen etwa 20 % nahmen als Butter verbraucht werden. Butter ist die Butter und Butterschmalz. Heute ist die inländische Herstellung von Butter lebensunfähig und das Hirsche beschränkt. Eine Einfuhr von Butter, die in großen im ersten Umfange, insbesondere aus dem Ausland, ist finanzwirtschaftlich und wirtschaftlich ausgeschlossen. Es muß ich aber naturgemäß ein großer Buttermangel bemerkbar machen, den zu beheben wir jedenfalls zurzeit nicht in der Lage sind.

Die Bezüge der Wehrmachtpensionäre.

(T. U. B. melbet:

Die Schecks über die Wehrbeträge, welche infolge der Erhöhung der Wehrgebühr auf 60 000 für die Zeit vom 17. bis 31. Oktober 1923 den Empfängern, Warteschlempfängern und Hinterbliebenen der ehemaligen Wehrmacht zugehen, sind vom Reichspensionamt dem Postscheckamt zugeleitet.

Wir Jungsozialisten.

Von
Hermann Schmitz, Leipzig.

Die deutsche Jugendbewegung ist in allen Lagern interessant und verdient Beachtung ohne Unterschied der Partei. Wir entnehmen deshalb den folgenden aufschlußreichen Aufsatz der jugendlichen Sozialisten, dem „Der Firn".

Wir Jungsozialisten müssen seinen Boden gewinnen. Wir müssen uns erinnern, woher wir kommen, müssen erkennen, wo wir heute stehen und ausspreden, wohin wir wollen. Wir müssen uns Rechenschaft geben über unsere Vergangenheit. Wissen bedeutet, uns aus der Gegenwart zu befreien. Wissen lier und einbeziehen lassen, welcher Zukunft wir entgehen. Fort mit aller Lüge! Wir haben das Recht, ganz unbefangen die Sprache unserer inneren Menschen zu sprechen. Nach wissen wir uns freiblich frei von innerpolitischer Tradition. Noch ist uns das Gebiet der Partei trennt, wenn wir Parteienfeier, Staatsverfassung, Menschenrechte ansehen. Noch tragen wir Ursprünglichkeit in uns. Noch schafft unser innerer Sehen wolenhafte Gebilde, von keiner Gemeinschaftlichkeit verwischt. Noch sind wir frei. Das ist der einzige Vorzug, den wir vor der älteren Generation haben.

Wir alle kamen eintt aus der unversiandenen Qual der Kriegsjahre zur roten Fahne. Wie verschieden das Weltanschauungen und wohlgemeinten Sozialismus als Hort der Humanität. Wir haben den Zwang und wollen zur Freiheit aus. Wir haben den Hunger und wollen Brot für alle Menschenkinder. Wir flüchten den dunklen Trieben und wollen ins helle Licht zukunftsträchtiger Gestaltet. Uns eiferte vor dem geheimen Unrat, und wir fühlen die Spannung neuer Sittengesetze in uns. Daß ist unsere Berufung. Von der grauen wir uns Bücher. Wir singen zum Sozialismus. Daß dieser Sozialismus die Waffen geleimet hatte, daß er heimisch der Erfolge von Flammenwerfern und U-Booten, von Gas- und Gelbkreuz frohwurde, daß er den Zwang rechtfertigte, daß er den Unrat mehr als oder ihn nötigenfalls tolerierte das war uns Bergangenheit, die mit der Front und den Thronen zusammenbrach. Die nicht mehr war. Wir bleiben Zusammenbrecher nicht mehr. Wir haben begonnen. Wir dürfen nicht bleiben Lebzeg und wollen uns binden.

Jünf Jahre haben wir geschehen gelebt. Heute denken wir voll Zorn und Scham der Ideale von damals. Wir kennen sie nicht. Die waren so fein wie unsere Herzen. Aber sie sind zerstoben. So reich dunklen wir uns mit ihnen und haben heute als Arbeiter in der Zeit? Welche Arbeiter waren wir? Der einzige Trost, daß wir junge sind. Noch liegen die Tage vor uns. Noch haben wir Zeit, unsere Linie neu zu ziehen. Noch kann die Lehre ihren Nutzen tragen. Daß ist unser Vorzug vor der älteren Generation, daß wir noch lernen können. Mit Bitterkeit sehen wir die Generation vor uns sechen, müssen wir erkennen, wer wir selber sind. Ja, wir sind Sozialisten, wir sind Arbeiter, und sind doch anders als sie sind. Wir sind so sehr anders, daß es uns oft scheint, als hätten wir mit der marxistischen Sozialdemokratie nur sehr wenig gemeinsam. Wir haben die grundsätzliche Erneuerung, die sich mit der Gewalt eines Naturereignisses in uns vollzogen hat oder sachlich vollzieht, und lehnen uns nicht als sozialdemokratische Generation. Ist sie nicht immer noch in der Verteidigung von 1914? Das ist ihr Recht. Ja, ist sie nicht noch immer in der Verteidigung von 1918? Das ist ihr Recht. Ja, ist sie nicht noch immer in der Verteidigung von 1919? Das ist ihr Recht. Ja, ist sie nicht noch immer in der Verteidigung von 1923

Unpolitische Tagesschau.

Berlin, den 24. Oktober 1923.

Die rückwirkende Kraft.

Sie ist neuerdings sehr in Aufnahme gekommen. Beispielsweise gibt der Magistrat der letzten Preiserhöhungen für den Gasverbrauch rückwirkende Kraft und die ganze Verbrauchsgebühr, die gewöhnlich einen Monat umfaßt. Vom Standpunkt einer schnellen Sanierung der Werke aus ist ein Monat aber eine viel zu kurze Zeitspanne. Man könnte die rückwirkende Kraft bis zum Gaspreise ruhig bis zum Jahre 1926 ausdehnen, in dem das Trummondsche Kalklicht erfunden wurde, mindestens aber, will man schon wo anfangen, bis 1884, in welchem Jahre Pasteur gezeugt mit dem neuen Heizungsäthyren an die Oeffentlichkeit trat. Das wäre auch insofern gerechter, als man dadurch bezweckte, weniger zur Beleuchtung als zur Heizungszwecken, meist auf der Kochmaschine, gebraucht. Auf diese Weise wäre es möglich, nicht nur das Budget der Werke wieder in das Gleichgewichte zu bringen, sondern sogar beweitende Ueberschüsse zu erzielen, die man unter die erwerbslosen Rentiers verteilen könnte.

Natürlich faßt sich der ausgezeichnete Gedanke dieser rückwirkenden Kraft auch auf anderen Gebieten, z. B. auf dem des Verkehrswesens, in die Praxis umsetzen. Man braucht nur das „Buch der Erfindungen" zur Hand zu nehmen und sich eine Anzahl Daten möglichst genau zu merken oder besser noch aufzuschreiben. Ich nehme als Beispiel die Straßenbahn an, die ja immerhin bei uns in den letzten elektrischen Zügen liegt. Der erste Versuch mit einer solchen fand gelegentlich der Berliner Gewerbeausstellung 1879 statt. Jetzt schreibt man 1923. Gibt man den Fahrpreisen auf unserer Straßenbahn rückwirkende Kraft auf 44 Jahre, d. h. multipliziert man den Preis von heute mit 44, so kommen ganz schöne Summen heraus, die sich gut für die nötigen Lohnerhöhungen verwenden lassen. Es ist selbstverständlich, daß man auf einen Zwang à la beim der Straßenbahn in diesen Falle nicht verzichten könnte. Aber durch die Zwangsanleihen, Zwangsvermietungen, Zwangsnotgelder und Zerlei hat das Publikum sich ja längst an allerlei Zwangsvorstellungen gewöhnt, im übrigen könnte man mildernd bestimmen, daß jeder Einwohner Berlins nur viermal in der Woche Straßenbahn benutzen muß, wobei es ihm überlassen bleibt, auch an einem einzigen Tage viermal zu fahren.

Wenn man weiterzieht der vom Berliner Magistrat in einer Stunde der Weise eingeführten rückwirkenden Kraft bestimmter Zahlungen auch gesetzliche Regelung geben wollte, so würde uns mit einem Schlage geholfen werden. Man könnte zum Exempel eine rückwirkende Kraft des Gehaltes verordnen und sie bis auf die sogenannte „vierte Ordnung" ausdehnen, d. h. bis auf die Urgroßeltern, so daß alle Abkömmlinge dieser Herrschaften die Erbsteuer nach dem Stande von heute vom Tode der Ahnen an nachzahlen müßten. Ebenfalls so könnte man, um immer nur bei Beispielen zu bleiben, der Wohnungsbaubahde in Preußen rückwirkende Kraft bei Friedrich Wilhelm I. geben, wodurch ungeheure Summen zusammenkommen würden.

Aber unglücklicherweise ist die Mode gekommen, eine rückwirkende Kraft zu schaffen, um auch die Steuern der Zukunft in brutalem Maße zu erfassen. Es schreiben noch Tausende von Eriundungen in der Luft, die man recht gut haben zieht bestimmen könnte, so den Meisterbes, die fernsehende Fernbedienung, die südische Luftdrahte, das radiose Rad, den mechanischen Chauffeur, die feuerfeste Zentralheizung u. a. m. Bei Erfindungen, die bereits da sind, müßte die rückwirkende Kraft sich auf alle Verbesserungen beziehen. Die Telephonie ohne Draht wird über einmal bei heutige Fernsprechgebühren erheben. Warum soll man nicht für die nächsten hundert Jahre schon von morgen ab die Zahlungen dafür einziehen, vielleicht noch der stilisierten Länge des Drahts, den man nicht mehr braucht. Es müßte doch möglich sein, den Beamtenapparat vergrößert werden, aber bei unserm notorischen Mangel an Beamten wäre das sehr unglücklich. Ich geb' ja zu, daß die Regierungen im Interesse des Staats und der Kommunen sollten, habe in bezug auf die verschiedenen Kraftwirkungen nach rückwärts und vorwärts noch anderer gute Ideen, über die ich mich aber zunächst einmal mit Herrn Dr. Kutzer aussprechen möchte. Zob.

Erwerbstätigkeit von Ehefrauen.

Der Erwerbslosen-Fürsorge der Stadtgemeinde Berlin gehen fortgesetzt Anzeigen über die Erwerbstätigkeit von Ehefrauen zu, bevor Männer in Brot und Arbeit stehen. Es wird dadurch die Aufforderung erschwert, berufsfremde Stellen zugunsten von Ehefrauen solcher Männern von Berufs wegen freigemachen. Das ist seit der Aufhebung der Demobilmachungsverordnung vielfach der Fall, hat das Doppelverwerb nicht mehr möglich. Die Behörde muß es daher den verständigen Maßnahmen der Arbeitgeber überlassen, wieweit Stellen in ihren Betrieben, die gegenwärtig durch Ehefrauen berufstätiger und nicht voll oder teilweise erwerbsloser Männer ausgefüllt werden, freigemacht und mit erwerbslosen Männern, namentlich Familienvätern besetzt werden können. Eine gleichzeitige Berufstätigkeit der verheirateten, bekanntlich immer knapper werdenden Arbeitsnehmerinnen an die Anspruchsgen der einzelnen Gewerbegruppe wäre jedenfalls im Interesse der Gesamtheit liegen, die ja die Kosten der Unterstützung der Erwerbslosen aufzubringen hat.

Arbeitslose Schulentlassene.

Von Stadtschulen Nachrichtendienst wird uns geschrieben:

Infolge der schlechten Wirtschaftslage wachsen mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit auch die im Lehrfach von der Schule entlassenen Lehrlichen die Schwierigkeiten, eine Lehr- oder Arbeitsstelle zu finden. Wie das Landesberufsamt Berlin auf Grund einer Umfrage in den Schulen erfuhr, werden an dem Stichtag, 1. Oktober d. J. von den zur Entlassung kommenden Gemeindeschülern 47 v. H. Knaben und 57 v. H. Mädchen bei Schlußantritt noch nicht die mindeste Aussicht, in eine Lehre einzutreten oder Arbeit zu bekommen. Handwerk, Industrie und Handel beobachten eine zwar begreifliche, aber für die Jugend und den Facharbeiterwuchs sehr verhängnisvolle Zurückhaltung bei der Einstellung von Schülern. Man darf doch wohl von dem Ausfall der berufslosen Ausbildung den Jugendlichen auch die Gefahr des sittlichen Verfalls und eine erhöhte Gefahr der Jugendkriminalität. An alle Schulentlassenen ist die dringende Mahnung zu gewähren, zunächst bei der eindringlichen Bitte, Jugendliche einzustellen.

Ein Liter Milch 2,4 Milliarden.

Das Nachrichtenamt teilt mit: Vom 25. Oktober ab kostet bei der Stadt Berlin ein Liter Milch 2 Milliarden 400 Millionen Mark. Für einen Liter Magermilch 950 Millionen Mark.

Der Kartoffelbahnhof.

Ein Berliner Zeitbild.

Eigentlich stimmt der Titel nicht ganz. Es sind mindestens drei Kartoffelbahnhöfe, und wahrscheinlich noch mehr, es nach hat mehr, weil die Berliner heute aus allen Himmelsrichtungen Kartoffeln in die Stadt und in ihren Keller zu holen versuchen. Aber vielleicht kann man diesen einen Bahnhof für alle, und dazu ein Stück Berliner Leben, das die Dörfer dieser Zeit anschaulicher und eindringlicher als alle Statistiken und alle Berichte darbar macht.

Der Bahnhof, den ich meine, ist der Bahnhof Potsdamer. Wer ihn sich ansehen will, muß abends zwischen 6 und 7 Uhr hingehen, wenn die Straße schon in den trauriven Dunkel liegt, das heute beinahe überall über Berlin hängt. Er wird die Rohre des Bahnhofs hoch von weitem mit der Nase merken, an dem Geruch, der weder Fäulnis noch Qualmgas, der ihm liegt; sonst braucht er nur irgendwo der Reinen Hausfrauen zu folgen, die um diese Zeit bei den trauriven Dunkel liegt, das heute beinahe überall über Berlin hängt. Er wird die Rohre des Bahnhofs schon

Volkswirtschaftlicher Teil.

Mittwoch, den 24. Oktober 1923.

Zur Enteignung der deutschen Patente im Ausland.

Von sachkundiger Seite werden wir unter Bezugnahme auf unsere kürzlich gebrachten Ausführungen über die „Ausbeutung deutscher Geistesarbeit" auf einen Nachtrag zu den von späterem Reichsaussenminister Dr. Simons verfassten Veröffentlichungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie „Was muss der deutsche Industrielle vom Friedensvertrag wissen?" hingewiesen, in dem es heisst:

„Im 5. Heft der Veröffentlichungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie „Was muss der deutsche Industrielle vom Friedensvertrag wissen?" befindet sich unter Bezugnahme auf Ziffer 306 Abs. 5 des Friedensvertrages die Bemerkung: „Gewerbliche Eigentumsrechte deutscher Reichsangehöriger, und zwar auch nach dem Kriege erworbene Rechte, können Einschränkungen unterworfen werden". In der endgültigen Bestimmung des Friedensvertrages über gewerbliches Eigentum findet diese Auffassung keine Begründung. Die in Versailles übergebenen ursprünglichen Vorschläge für den Friedensvertrag liessen allerdings die Auslegung zu, dass auch die nach dem Kriege erworbenen gewerblichen Eigentumsrechte gewissen Beschränkungen unterliegen sollten. Dagegen haben sich die Mitglieder der deutschen Kommission für den Friedensvertrag, an erster Stelle Herr Kommerzienrat Dr. Quaßenheimer, der an der Bearbeitung des Abschnittes „Gewerbliches Eigentum" hervorragend beteiligt war, mit aller Entschiedenheit gewandt. Es bestand bei den deutschen Gegenvorschlägen zu den Friedensbedingungen:

„Die Vorschläge der alliierten und assoziierten Mächte begnügen sich aber nicht mit der Sicherung dieser Vorteile am Kampfmaßnahmen während des Krieges; vielmehr geht nach Artikel 306 Abs. 5 die Absicht dahin, sich die Möglichkeit des Zugriffes auf deutsche Schutzrechte auch für den Frieden auszubedingen. Sie wollen sich die Befugnisse vorbehalten, Schutzrechte Deutscher, mögen sie vor oder nach dem Kriege erworben sein, zu ihren Gunsten auszubeuten, Lizenzen zu erteilen, jede Ausbeutung zu überwachen, sowie die Rechtsausübung durch Deutsche in jeder beliebigen Weise an Bedingungen zu knüpfen oder sonst einzuengen, und zwar u. a. schon dann, wenn die dies für erforderlich halten, um die vollständige Erfüllung irgend einer von Deutschland im Friedensvertrag übernommenen Verpflichtung zu sichern. Unter dieser Voraussetzung, über deren Vorliegen der Gegner unser Ausschlaggebendes Kontrollrecht entscheidet, soll es den alliierten und assoziierten Mächten freistehen, sich ohne jede Entschädigung und auf unüberseharer Zeit Früchte des deutschen Erfindungsgeistes anzueignen. Die in den deutschen Gegenvorschlägen erhobenen Einwände und Einsprüche haben in diesem Punkt vollen Erfolg gehabt. Die Befugnis, gewerbliche Eigentumsrechte deutscher Reichsangehöriger an Bedingungen zu knüpfen oder einzuschränken, darf bei deutschen Schutzrechten, die nach dem Kriege erworben sind, gemäss dem endgültigen Wortlaut des Artikels 306 Abs. 5 ganz ausgeschlossen werden, wenn die Begrenzungen, Bedingungen und Beschränkungen im Interesse der Landesverteidigung oder des Gemeinwohls erforderlich erscheinen". In dem französischen Text Seite 61 heisse es:

„Pour le droits de propriété industrielle, littéraire ou artistique, qui seraient acquis après la mise en vigueur du present Traité, la faculté ci-dessus reservée aux Puissances alliées et associées, ne pouvra être exercée que dans le cas où les limitations, conditions ou restrictions pourraient être considérées comme necessaires pour les besoins de la défense nationale ou dans l'intérest public." (Für die industriellen, literarischen und künstlerischen Eigentumsrechte, die nach Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages erworben werden, kann die obenerwähnte den alliierten und assoziierten Mächten vorbehaltene Möglichkeit nur ausgeübt werden, wenn die Begrenzungen, Bedingungen oder Beschränkungen im Interesse der Landesverteidigung oder des Gemeinwohls erscheinen.)

Nach dem Wortlaut des Friedensvertrages ist es danach nicht zulässig, dass solche von Deutschen nach dem Kriege erworbenen Eigentumsrechte von einer alliierten oder assoziierten Macht irgendwie begrenzt oder als Druckmittel benutzt werden, um die vollständige Erfüllung der dem deutschen Volke durch den Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen zu erzwingen. Vor der Gefahr, auf diesem Gebiet zu dauernder gänzlicher Rechtlosigkeit verurteilt und fremder Willkür und Ausbeutungssucht ausgeliefert zu sein, ist das deutsche Wirtschaftsleben dank der Sachkunde und Wachsamkeit der Kommission, die den Abschnitt „Gewerbliches Eigentum" verfasst hat, bewahrt geblieben."

Zur Devisenablieferung. Von der Devisenbeschaffungsstelle wird uns zu der in Nr. 484 der „D. A. Z." vom 18. Oktober 1923 enthaltenen Veröffentlichung geschrieben: Entgegen den bisherigen Gepflogenheiten bei der Begründung öffentlicher Abgabepflichten durch Gesetz, gewährt das Reich für Ablieferungen auf Grund der Verordnung vom 25. 8. 23 ein Aequivalent in vierfacher Art, je nach Wunsch des Ablieferers. Es bedarf keiner weiteren Begründung, dass das Reich nicht gehalten sein kann, die Goldmarkzuteilung als Grundlage für den Bezug des Aequivalents auszustellen, besonders deshalb, dass das Reich auch in den Genuss der abgelieferten Goldwerte gelangt. Dieses ist bei Scheeks erst der Fall, wenn die Einlösung stattgefunden hat und eine Gutschriftsanfgabe vorliegt. Die Gebühr von Kursverlusten beseitigt für die Ablieferer nicht, da die Goldmarkzuteilung über Gold-mark ausgestellt wird, die auf den 4. Teil eines Dollars festgesetzt ist. Der Einlieferer, der am Gegenwert Reichsmark verlangt, erhält diese zu demjenigen Kurs in Berlin an letzten Werktage vor der Einreichung der Quittung bei der Reichsbankstelle zur Auszahlung. Es kommt also für die Kursberechnung auf den Tag der Ablieferung der Devisen nicht an, sondern auf den Tag der Einreichung der Goldmarkquittung bei der Reichsbank.

Die wichtigsten Lieferungs-Ausschreibungen des Auslandes

erscheinen regelmässig in der

Industrie- und Handels-Zeitung

Sofort bestellen!

Ausfüllen und ohne Umschlag in den Briefkasten werfen oder dem Briefträger mitgeben. Das Postamt erhebt diese die Bezugsgebühren.

Hier abtrennen!

An das Postamt Hier.

Unterzeichneter bestellt ab 1. November die **„Industrie- und Handels-Zeitung"** zum Preise von 3.8 Milliarden Mark freibleibend.

Die „IHZ" wird abgeholt bei Zustellung | Nichtgewünschtes durchstreichen

Name:

Stand:

Ort:

Strasse u. Nr.:

Wo im Hause:

Deflation in Jugoslawien

Die feste Tendenz, die der Dinar seit einigen Wochen aufweist, setzte sich, wie wir dem Wochenbericht von S. Schoenberger u. Co. entnehmen, auch weiter fort. Da die Geldknappheit nach wie vor das Geschäftsleben Jugoslawiens lähmt, so macht sich eine immer stärkere Abgabenneigung an Devisen bemerkbar, mit dem Zweck, gleichzeitig die nötigen Betriebsmittel zu beschaffen. Wie es heisst, wird das Finanzministerium diese Entwicklung, die seinen Absichten entgegenkommt, noch dadurch zu fördern, dass die Narodna Banka gleichfalls als Angeberin fremder Valuten auf dem Markt tätig ist. Der Erfolg war, dass sich an den jugoslawischen Börsen in den ersten Tagen der Woche geradezu eine rapide Baissebewegung für sämtliche fremden Zahlungsmittel bemerkbar machte. Man sieht also, dass es Dr. Stojadinowitsch wirklich Ernst mit seiner Ankündigung, statt einer Vergrösserung des Notenumlaufs und einer Erweiterung der Kreditgewährung im Interesse des Wiederaufbaues der Kursstei gerung des Dinars vorzunehmen. Dass der Finanzminister diese Bewegung noch nicht für abgeschlossen hält, erhellt eine Rede, die er kürzlich im Parlament gehalten hat, in der er Interpellationen einer etwaigen Devalvation in Jugoslawien bieht und in der er erklärte, dass „der Übergang zur Goldwährung derzeit allerdings unmöglich sei, da dies eine Devalvierung des Dinars für immer bedeuten würde. Vorläufig müsse man auf eine weitere Besserung des Dinarkurses hoffen, wie dies in den letzten zehn Monaten der Fall gewesen sei". In Wirtschaftskreisen ist man allerdings mit dieser Haltung des Ministers gar nicht einverstanden, da man von einer Kursbesserung des Dinars einen Rückgang der Geschäftstätigkeit und dadurch eine Verschärfung der gegenwärtigen Krise befürchtet. Infolgedessen hat eine heftige Opposition gegen die jüngsten preisdrückenden Massnahmen des Finanzministers eingesetzt. Von seiten der massgebenden Wirtschaftskreise wird übrigens ein offizieller Schritt gegen die gegenwärtige Restriktionspolitik des Finanzministers geplant. Zu diesem Zwecke wird eine Denkschrift vorbereitet, in der nachgewiesen werden soll, dass an der Verschlechterung des Dinarkurses gegenüber dem Stande von 1919 nur die ständige Verzinsung und Amortisation der Staatsschuld bei der Nationalbank Schuld trägt. Es sei ganz selbstverständlich, dass das vorhandene Notenmaterial zur Sicherung der Kaufkraft des Dinars für die Bedürfnisse der Wirtschaft nicht ausreiche. Infolgedessen soll es nur wenigstens die Regierung die Relation zwischen Notenumlauf und Metallbeckung der gegenwärtigen Situation angemessen. Sollte die Regierung aber trotzdem an der Fortführung der gegenwärtigen Restriktionspolitik festhalten, so müsse unvezüglich eine Anleihe im Inlande für die Nationalbank aufgenommen werden, um auf diese Weise eine Stärkung ihrer Leistungsfähigkeit erreicht werde, denn sonst müsse man für die weitere Entwicklung des Geschäftslebens Land die schlimmsten Befürchtungen hegen. Dass die Kreditverknappung auch bereits eine Zahlungsverzögerung nach sich gezogen hat, geht daraus hervor, dass eine ganze Anzahl grösserer Industriebetriebe gezwungen sind, Kredit heranzuziehen, ihre Arbeiter und Angestellten bezahlen zu können. Bisher hat die Regierung zu dieser Massnahme noch nicht Stellung genommen.

Keine Goldscheeks der Banken. Wie wir hören, haben die gestern zwischen Vertretern der Reichsbank und der Regierung geführten Beratungen wegen Ausgabe von Goldscheeks durch die Banken als wertbeständiges Zahlungsmittel ergeben, dass die Banken es ablehnen, derartige Zahlungsmittel in den Verkehr zu bringen. Es wurde hierbei von Bankenseite auch dass schon die Führung von Papiermarkscheeks der Banken in den allgemeinen Verkehr, die als Notgeld geduldet wurde, sich nicht bewährt habe. Das gleiche befürchtet man jetzt auch von den Goldscheeks. Insbesondere wurden Bedenken wegen der Einlösung der Goldscheeks mit dem Zahlungsversprechen auf Goldbasis und Einlösung präsentiert wurden, so würden die Banken nicht imstande sein, einen Brauch gehalten sein, diese einzulösen. Die Banken versprechen sich lediglich aus der Ausgabe von Goldanleihe in kleinen Stücken (Dollarcents) eine Erleichterung der Währungsnot.

Wertbeständiges Geld auch in Hamburg. Unter den verschiedenen Meldungen über die Schaffung wertbeständigen Geldes erhalten wir auch die folgende: Der Senat Hamburg hat mit der Gründung einer Bank an der ausser ihm ein bekanntes Hamburger Handelshaus und eine namhafte englische Firma beteiligt sind. Der Senat hat die Aufgabe, ein wertbeständiges Hamburger Geld zu schaffen.

Keine Änderung des Ablieferungsverfahrens für Wertpapiere. Der Devisenbeschaffungsstelle G. m. b. H. wird bekannt: Das Bundesrat Nr. 5 der Devisenbeschaffungsordnung vom 25. August 1923 enthält keine Angaben gegeben. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich die in den angeführten Bestimmungen bekanntgegebene Änderung der Ablieferungsverfahren nur auf Devisen bezieht. Die Ablieferung von Wertpapiere wird von der Verfahrensänderung nicht betroffen. Sie erfolgt wie bisher bei allen Banken, die als Reichsbankstellen für die Goldanleihe nach den Durchführungsbestimmungen zur Verordnung des Reichspräsidenten über die Ablieferung ausländischer Vermögensgegenstände vom 25. 8. 23 Ablieferungsstellen sind.

Beschleunigung der Grenzzollabfertigung. Die Interessenten werden darauf hingewiesen, dass zunächst als einzige Mittel für die Beschleunigung der Zollabfertigung an den Grenzen, nicht etwa die Beschleunigung der Zollabfertigung im Binnenlande, sondern vor allem auch die zollsichere Verpackung der Ware im Binnenlande (d. h. eine unter Aufsicht der Zollbehörde und mit Zollverschluss vorgenommene Verpackung) in Frage kommt. Der Verein Hamburger Spediteure hat ausserdem die Bereitwilligkeit hierzu erklärt, die Ausführkontrolle möglichst einfach zu gestalten.

Bilanzhilfedienst. Wie die „Revisions-Treuhand-A.-G. uns mitteilt, hat sich Einblick auf den heranahenden Jahresschluss ihren Ordnungshilfsdienst als Bilanzhilfedienst ausgestaltet. Es ist auf welcoten für Revisionstätigkeit 90 %, für Hilfsdienst 30 % der zugemessenen beiden letzten Wochenziffern.

Rückgang der ostoberschlesischen Steinkohlenförderung. Die ostoberschlesische Steinkohlenförderung hielt sich laut „Industrie- und Handel" in den Zeit vom 8. bis 14. 10. 1923 an rechts Forderungen bei einer fördertäglichen Leistung von 288 t auf insgesamt 204 529 t (Vorwoche: 566 290 t). Der Förderrückgang gegenüber der Vorwoche ist auf den Bergarbeiterausstand zurückzuführen. Es verteilen innerhalb Polnisch-Oberschlesiens 82 622 t (168 814 t). Nach dem übrigen Polen gelangten 56 223 t (100 569 t), nach Deutsch-Oberschlesien 6179 t (22 273 t), nach dem übrigen Deutschland 28 066 t (81 919 t), Deutsch-Oesterreich 17 877 t (26 050 t), Tschechoslowakei 38 682 t (68 277 t), Ungarn 1975 t (2062 t), Danzig 1396 t (677 t), Schweiz 1202 t (10 072 t), Rumänien 2168 t (7724 t), Jugoslawien 903 t (—), Litauen 172 t (217 t), Schweden 542 t (600 t), Dänemark 200 t (—). Der Kohlenbestand betrug an letzten Tage der Berichtswoche 288 211 t (296 565 t). Es konnten alle angeforderten Wagen gestellt werden.

Berliner Börse.

Unsicher und nervös.

Berlin, 24. 10.

Die Gewaltmassregeln am Devisenmarkt haben beruhigend gewirkt in ganzen Börsenverkehr hervorgerufen. Nur die jeweilige Kurs der Goldanleihe bietet einen gewissen Anhalt für den Wert der Mark, aber die allgemeine Unsicherheit in der Währungsfrage erschwert jedes Geschäft. In Effektenverkehr stand der Nachfrage nur geringes Angebot gegenüber, so dass zunächst die Anfangsnotierungen vielet „schwankender" Kurse gestatzt werden mussten. Soweit Kurse festgestellt werden konnten, zeigten sie gegenüber dem vorgestrigen Stand Erhöhungen auf das Doppelte und Dreifache. Die Unsicherheit zeigte sich besonders deutlich für Rechnung der Bankenkundschaft, während die berufsmässige Spekulation im Hinblick auf die hohen Lasten, die die jeden Abschluss verbunden sind, Zurückhaltung zeigte. Später wirkte die Erleichterung des Goldmarktes anregend für den Effektenhandel.

Insbesondere setzten am Montanmarkt die ersten Kursnotierungen für „schwere" Werte ein. Industrie gewinnen (in Milliarden Prozent) Buderus von 210 auf 650, Essener Steinkohlen von 500 auf 1750, Laura von 300 auf 900, Lahmeyer 775, Mannesmann 425 auf 1200, Rheinische Braunkohlen von 600 auf 1100—1500, Riebeck von 650 auf 1000, Rombacher von 450 auf 900, Stolberger Zink von 500 auf 1300, Harpener von 940 auf 1750 bis 1800, Rheinstahl von 450 auf 1000. Am Kalimarkt gingen um Aschersleben mit 400, Westeregeln mit 500, von chemischen Werten Berliner Anilin mit 575, Badisch Anilin mit 450, Chemische Griesheim mit 350, Goldschmidt mit 440, Riedel mit 200—220, von Elektrowerten Accumulatoren mit 420, Bergmann mit 250, Lahmeyer mit 150, Schuckert mit 850, von Waggonfabriken Busch mit 200, Görlitzer mit 130—150, Linke-Hofmann mit 675—725, Rathgeber mit 600. Von Maschinenfabriken waren Berlin-Anhalter Maschinen mit 120, Berliner Maschinen mit 200, L. Loewe mit 375, Motorenfabrik Oberursel mit 600, Orenstein u. Koppel mit 380, von Metallwerten Deutscher Eisenhandel mit 140, Hirsch Kupfer mit 850 Felten u. Guilleaume Kabelwerke mit 150, Norddeutsche Wolle auf 600, Stöhr auf 500, Kahlbaum auf 140, Fahlberg, List auf 140. Bankaktien waren weiterhin unverändert, ebenso Schiffahrtsaktien; Deutsche Bank 260, Dresdner 170, Tacketfahrt 800, Lloyd 225—250, Hansa 350—400. Heimische Anleihen verbesserten ebenso wie fremde Renten ihren Kurstand gleichfalls wesentlich.

Die Kursteigerungen nahmen später vielfach ihren Fortgang, u. a. einzelne Harpener auf 1900, Rheinstahl auf 1200, Berliner Anilin 1400, Chemische Griesheim auf 380, Riedel auf 250.

An Einhaltsmarkt war die Tendenz bei mittlerem Geschäft sehr fest. So verdoppelten sich Kurse: Elektrowerte, Gasgesellschaften Frankfurter Gas, und darüber hinaus gestiegen Anhalter Kohlen 550 Milliarden, Voigt u. Häfner stellten sich auf 19 Milliarden.

Amtlich nicht notierte Werte. Die nachstehende Tabelle enthält die in der Zeit vom 15. bis 19. Ohr gemachten höchsten und niedrigsten Kurse.

Adler Kohle	400—500	Mandel Tagrstl.	5—7
A. G. Reut. Ind.	6—9	Mertens & Blum	6—9
A. G. Reut. Ind.	140—190	Och. Gesellsch.	7—10
Agenus	2—3	Mun. Trefferbk.	6—7
Alsen Zement	6—8	Neuer Sportpalast	6—8
Alemania Tuc.	15—20	Meyer, Textil.	12—18
Alt. Kattowitz	15—20	Neuer Berliner	6—8
Alb. Amb. Fbm.	3—4 G	Neuer Kaiser	16—18
Bergmann	6—8	National-Film	4—6
Bagerow, I. Beil.	300—425	Ost. Bod. Vers.	6—8
Bergbau, Ilmen	200—425	Nordische Tab.	8—10
Becker Stahl	60	Stahwerk, Rosen	10—14
Bing	8—9	Niewi Gigantan	4—6
Ges. Bibel. Ind.	6—8	Oest. Gesellsch.	6—8
Berl. Kaffee	12—15	Oebring Bergb.	8—10
Berl. Schmergel	4—6	Orgelbau, Rasch.	2—3
Bergmann, Ind.	7—10	Ost.	130
Brauns u. Chem.	20—25	Ges. f. Spekulation	5—7
Bremer Wolle	2	Oswald-Film	15
Butzke		Pagenstecher	5—7
Bergbau, Ilmen		Peter Leder	6—9
Charlbg. W. Tur.		Rawon Stahl	12—15
Chem. Fbr. Lüdke	6—7	J. Reich	126
Chem. Schulz	200—250	Rheinbraun	7—8
Deutsche Erdöl	20—30	Rudolf Hertzog	9
Deutsch. Ton	8—10	Rhein. Ind.	8—10
Dt. Am. Schantzg.	14—16	Rhein. Stahlw.	16—18
Dt. Ton u. Steinz.	25—30	Rütgerswerke	8
Dtsch. Kraftpstrl.	15—20	F. A. Schwerdtfg.	14—15
Dtsch. Linoleum	30—32,5	Schultheiß	6—8
Dt. Textil.	40—50	Julius Sichel	110—130
Dt. Petroleum	210—450	Siemens	8
Dt. Erdöl	275—325	Siemens & Halske	14,5—16
Dt. Waffen- u. Munitionsfbr.	30 G	Stahlwerk Becker	36—45
Dtsch. Gas	30 G	Stahlwerk Mannstädt	11—15
Dtsch. Reichsbahn	8—6	Stoehr & Kupp.	100—140
Dtsch. Reichsbahn	6	Steuer Aufz.	25—30
Dutzer Porzellan	6	Terraingesellsch.	6
Dtsch. Gas	7 G	Tachain A. G.	25—29
Leder	7 G	Thüringer Gas	12—17
Frankenbrauerei	8	Thüringer Gas	14
Franzosen Tuc.	130—150	Tietz	6
Friedr. Krupp	500 G	Tietz Wäsche	5—7
Gebrüder Comm.	—	Ula	45—55
Gesellsch. Ind.	20—25	Ufa	20—22
Gerlitz, Zentrif.	11	Vera Film	3,5—5
Gaste Kaffee	20—25	Ver. Glanzstoff	260—280
Grün & Bilfinger	40—60	Vogtländ. Gummi	6
Gesellsch. Ind.	8—10	Wanderer Werke	7—13,B
Grünwald-Bintz	15—20	Wengdit	12,5—12
Gummi Elbe	10 G	Werk Berlin	14
Gummi Elbe		Westd. Industrie	60 B
Hansa Lloyd		Westfalia Zement	6
Hansa Bank		Wickesh. Cogn.	17
Hansa Bank		Wilhelm Film	6
Hansa Bank		Adler Kali	350—450
Hansa Bank		Deutsch. Kali	100—150
Hansa Bank		Hansa Kali	6
Hansa Bank		Kali Aschersleben	470—500
Hansa Bank		Kali Salzdetfurth	1—3
Hansa Bank		Kali Wolmirstedt	6
Hansa Bank		Kali Westeregeln	500—600
Hansa Bank		Kali Stassfurt	—
Hansa Bank		Kali Sachsen	100—125
Hansa Bank		Kali Salzdetfurth	250 B
Hansa Bank		Kriegsanleihe	160—200
Hansa Bank		Reichsanleihe	6000
Hansa Bank		Umwand.-Ant.	60—75
Hansa Bank		Ver. Kali	14000
Hansa Bank		Ges. f. Schwerindustrie	42000
Hansa Bank		Ges. f. Elektroindustrie	425
Hansa Bank		Diamant Maschw.	ca. 20—25
Hansa Bank		Kasko	3—10 G
Hansa Bank		Lindes Eismasch.	125—150
Hansa Bank		Saltrers	ca. 400
Hansa Bank		Schlesische Zement	
Hansa Bank		Südost-Pfandbr.	

Am Markt der nicht notierten Werte drückten heute weiter Verkaufsaufträge die „kleinen Werte" und zwar die Gesellschaften, deren Tätigkeit bedeutend lebhafter als Montag. Auch die Kundschaft zeigte sich bedeutend widerstandsfähiger. Die Steigerungen betrugen vielfach das Doppelte. Stock u. Kopp. Daneben waren gefragt: Becker Stahl und Kohle, Dürrmünzen Glas, Deutsche Wald und Holz, Ludwigshafener Bergwerke, Ostwerke, Stock u. Kopp. Daneben waren gefragt: Becker Stahl und Kohle, Dürrmünzen Glas, Deutsche Wald und Holz, Ludwigshafener Bergwerke, Ostwerke, Stock u. Kopp. Stahlwerk Becker 1000 Prozent, Dürrmünzen Glas 1000 Prozent, Deutsche Wald und Holz 1000 Prozent, Ludwigshafener Bergwerke 1000 Prozent, Ostwerke 1000 Prozent, Stock u. Kopp 1000 Prozent.

Hamburger Börse vom 24. Oktober.

In Milliarden.

	24. 10.	22. 10.
D.-Ostafrika-Linie	—	—
Deg.	750	800
D.-Südamerika	—	—
Deutsch. Ton	—	—
Fisch. Dampf. Ges.	—	—
Gummi Kamm	—	—
Hansa	65	275
Hansa Dampf. Ges.	—	—
Schantzgrabe Bergb.	—	—
Comm. u. Pr.-Bk.	85	30
Hansa Bank	65	30
Vereinsbank	45	26
Alg. Elektr.-Ges.	80	65
Deutsch Luxemb.	—	350
Harpener	—	—
Schuckert	—	—
Siemens & Halske	500	500
Anglo Continental	275	15
Brutisch. Zement	—	—
Bremmer Tenerei	850	235
Bremen-Besigh.	—	—
Jute-Fischerei	—	80
Schimek & Co.	—	80
Schwartze Bergb.	22	17

	24. 10.	22. 10.
Lübeck Büchener	—	—
Eisenbahn	300	150
Lanz, Mech. W.	25	25
Leder Wormann	—	—
Lindström	—	—
Otavo, Eisenw.	—	100
Phönix, Leder	420	30
Winter, Papier	21	17
Wolkenbr. Gas	15	12
Ver. Stahlwerke	—	—
Ver. Ölfabriken	—	—
Ver. Bankaktien	—	—
Industriepapiere		
Schultheiss-Patzenhofer	190000	—
Anstalt Kaffee	300000	—
Adlerwerke	35000	—
Bank f. Brauindustrie	110000	—
A. G. G.	115000	—
Angl. C. G.	150000	—
Anschütztburger Drähte	110000	—
Aschaffenburg	150000	—
Bad. Anilin	360000	—
Bayer. Stahl	—	—
Berger Tiefbau	45000	—
Bergmann	190000	—
Berl. Anh. Maschinen	120000	—
Berl. Burger Stahl	400000	—
Berl.-Karlsruh. Ind.	250000	—
Berliner Kindermehl	150000	—
Bingwerke	—	—
Brauerei Gebrüder	150000	—
Bohr. Bühler	500000	—
Bank Waggon	70000	—
Byk Gulden Chemie	180000	—
Calmon Asbest	150000	—
Charlottenbrg. Wasser	150000	—
Chem. Grünau	350000	—
Chem. v. Heyden	110000	—

	24. 10.	22. 10.
Cont. Caoutchouc	90000	—
Daimler	400000	—
Deutsch. Erdöl, Telegr.	150000	—
Deutsch Luxemburg	—	—
Deutsche Steinzeug	60000	—
Deutsche Kali	—	—
Dt. Maschinen	110000	—
Deutscher Eisenhandel	140000	—
Deutsche Erdöl Raffin.	170000	—
Dynamit Nobel	170000	—
Elektrobank-Verkehrsw.	250000	—
Eberfelder Farben	—	—
Elektr. Licht u. Kraft	170000	—
Elektr. Licht u. Kraft	190000	—
Felten & Guilleaume	110000	—
Fahlberg, List & Co.	114000	—
Feldmühle Papier	170000	—
Gelsenkirchener Bergw.	2250	—
Gebrüder Gottfried Dutzer	170000	—
Goldschmidt Th.	44000	—
Gummiwerke Peter	130000	—
Gummi Peter	—	—
Gummi Peter	—	—
Hammersen	15.000	—
Hanseatische Kabel	150000	—
Hansa-Lloyd-Werke	40000	—
Hartmann Maschinen	—	—
Harpener	170000	—
Hirsch Kupfer, Messing	150000	—
Hoch u. Fraenkel	27000	—
Hotel Adlon	850000	—
Hotelpalast Berlin	—	—
Jeserich Th.	—	—
Jüdische Kolonialbank	—	—
Kali Aschersleben	400000	—
Kali Salzdetfurth	70000	—
Kattowitz	—	—
Kayser	—	—
Klöckner-Werke A.-G.	—	—
Klein Schanzlin	—	—
Köln-Rottweil	—	—
Kronprinz Metall	—	—
Kronz Co. Lokomotiv	250000	—
Lahmeyer	300000	—
Laurahütte	900000	—
Leipziger Wollkämm.	600000	—
Ludwig Loewe	370000	—
Lux Kabel	150000	—
Mannesmannröhren	1500000	—
Mannesmann Röhren	350000	—
Dr. Paul Meyer	—	—
Meiseser Kuhnert	600000	—
Motorenfabrik Oberursel	450000	—
Nationale Automobil	41000	—
Neckarsulm	450000	—
Oberschles. Eisenb.-Bedarf	750000	—
Oberschles. Kokswerke	—	—
Ostwerke, Stock u. Kopp	650000	—
Ostwerke	150000	—
Phönix u. Rheinrohr	—	—
Germania Pb	450000	—
Rheinische Gummi	1000000	—
Rathgeber Waggon	600000	—
Rheinische Schuhindustrie	1000000	—
Rh. Metallwaren	300000	—
Rheinische Metallwaren	—	—
Rh.-W. Sprengstoff	240000	—
Rombacher Hüttenwerke	900000	—
Rhein. W.	900000	—
Rütgerswerke	300000	—
Rombacher	900000	—
Rud. Rombach	900000	—
Rütgerswerke	350000	—
Sauerwerke	600 B	—
Salzdetfurt Kali	—	—
Salzer	31000	—
Schriftenmaschinen	450000	—
Schuckert & Co.	850000	—
Siemens-Schuckert	—	—
Siemens & Halske	500000	—
Schimmel & Co.	250000	—
Schultze Gas	290000	—
Stollwerk Werke	290000	—
Stolberger Zink	1300000	—
Stock u. Kopp	—	—
Todt's Verein. Schiffbau	250000	—
Leonhard Tietz	—	—
Union-Gummi	150000	—
Vereinigte Schuhfabriken	500000	—
Voigt, Telegraph	50000	—
Weser Schiff-Bau	—	—
Westeregeln	500000	—
Zellstoff	500000	—
Zel u. Gd. Wolfhard	200000	—
Zimmermannswerke	250000	—
Neu-Guinea	90000	—
Ostw. Wurzen	150000	—

Vom Devisen- und Geldmarkt.

Berlin, 24. 10.

Im allgemeinen herrschte heute weiter Zurückhaltung in geschäftlichen Dispositionen, weil man die Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse abwartet. Gerüchte über einen Berliner Generalstreik finden keinen Glauben, um so mehr, als die Gewerkschaften Lohnforderungen mit Hilfe werbständiger Papiere erhebliche Lebensmittelkäufe für ihre Arbeiter und Angestellten vorhaben. Da der leichte Geldstand anhält (tägliches Geld 2 % Zinsen), andererseits grosse Zahlungsmittel zur Verfügung der Geschäftsleute gelangen, ist die Kursentwicklung an der Devisenfreiverkehr heute unsicherheit. Den Gerüchten sind durch die Unterdrückung der Freiverkehrs und der ausländischen Markkurse Tür und Tor geöffnet. Insbesondere beunruhigen die Meldungen aus Danzig, wo man infolge der Einführung der neuen Währung anscheinend etwas übereifrig vorgeht. Dagegen wird aus Regierungskreisen selbst auf eine angebliche Besserung der Mark an der New Yorker Nachbörse grosser Wert gelegt. Wir glauben, dass die Aufhebung des Devisenfreiverkehrs die eigentliche Ursache der Unsicherheit ist, während auf die ausländischen Markkurse in der letzten Zeit kein erheblicher Wert mehr gelegt worden ist. Nach wie vor bleibt volle Zuteilung an den amtlichen Kursen das Gebot der Stunde.

Bei der amtlichen Notierung wurde Auszahlung London auf 285 Milliarden festgesetzt bei voller Zuteilung. Der angemeldete Bedarf war etwas grösser als gestern.

Die Goldanleihe wurde im Freiverkehr mit 64—65—65 Milliarden gehandelt.

Dollarschatzanweisungen wurden amtlich notiert mit 70 Milliarden bez. G. Beträge unter 1000 Dollar fallen aus. Von 1000 ab entfallen etwa 1 % Zuteilung.

Die Goldanleihe notierte amtlich 63 Milliarden. Zu gleicher Zeit war der Kurs im freien Verkehr 67, nachdem er vorübergehend bis 69 Milliarden gestiegen war.

Berliner Devisen:	24. 10. Geld	24. 10. Brief	23. 10. Geld	23. 10. Brief
Amsterdam	34583600	34661500	21540000	21634000
Buenos Aires	10351000	10373000	11935000	11984000
Brüssel-Antw.	3112200	3127000	2713000	2724000
Christiania	1718000	1722000	1528000	1534000
Kopenhagen	1087150	1092750	1075750	1079250
London Sch.	16588500	16641500	14635000	14685000
Italienische	1435750	1440750	1475300	1483700
Japan	1966000	1974000	1924000	1934000
London	284797500	285717500	249275000	250625000
New York	68812500	69037500	58500000	58850000
Paris	8970000	9000000	8920000	8980000
Prag	2047500	2052500	2025000	2035000
Spanien	6176000	6210000	7385500	7418500
Lissabon	7240000	7280000	7340000	7380000
Japan	5992500	5997500	4741250	4768750
Schweiz	13812500	13887500	11337500	11412500
Wien August	687775	692225	7105000	7019500
Budapest	—	—	4848875	4851125
Bulgarien	—	—	3537750	3562250
Jugoslawien	—	—	5385000	5415000
Tschechoslowakei	—	—	6188500	6197500

Ausser Wien, Budapest und Sofia alles in 1000 M.

Basler Devisenkurse vom 24. Oktober, 12 Uhr. Berlin 0.000055—50, London 2527—29, Paris 3285—90, Prag 1060—70, Mailand 670—80, New York 5605, Mailand 2519—15, Holland 21854—74, Brüssel 10.

Danziger Devisennotierung in Gulden. Am 24. Oktober gelangen zum letzten Male an der Danziger Börse die Devisen in Reichsmark zur Notierung. Es wird jetzt die Börsenschluss erhöhen und von Freitag, den 26. Oktober, ab finden die Notierungen in Danziger Zwischengulden statt. Neu eingeführt ferner die Notierung der englischen Noten. Diese Notierung findet in Milliarden statt. Es gelangen folgende Dev